

## "Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums

1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Im September starteten mehrere Bürgerrechtsinitiativen, die die Staatssicherheit argwöhnisch beobachtete. Nachdem eine offizielle Anmeldung der Gruppe Neues Forum vom Innenministerium als "staatsfeindliche Plattform" abgelehnt wurde, reagierten deren Initiatorinnen und Initiatoren unbeeindruckt.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teilschon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der bald größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif." Von der Staatssicherheit wurde sie genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen gestartet wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt". Zudem solidarisierten sich Liedermacher und Prominente aus der Rockmusikszene mit den Forderungen der Bürgerrechtsgruppen. Das war auch aus Sicht der Stasi "eine neue Qualität" des Vorgehens "feindlicher, oppositioneller Kräfte".

Die Gründungsmitglieder des Neuen Forums verstanden ihr Vorhaben mehr als Bürgerinitiative, denn als Organisationsgründung. Sie bemühten sich, eine Plattform für breitesten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Diktatur zu schaffen, auch einfache SED-Mitglieder sollten dafür gewonnen werden. Deshalb war ihr Aufruf relativ allgemein gehalten und betonte mehr die Anerkennung von Problemen und die Notwendigkeit offenen Dialogs, als dass er bereits politische Lösungen propagieren würde. Aus dem gleichen Grund bedienten sie sich eines legalistischen Verfahrens: Sie versuchten, das Neue Forum nach der Vereinigungsverordnung der DDR beim Innenministerium und in den Bezirken offiziell anzumelden. Am 21. September lehnte dies das Innenministerium mit der Begründung ab, es handle sich um eine "staatsfeindliche Plattform". Die Initiatorinnen und Initiatoren ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern legten mit Hilfe des Anwalts Gregor Gysi rechtlichen Einspruch ein. Für die Auseinandersetzungen und Demonstrationen der folgenden Wochen war damit ein symbolisches Thema gesetzt: "Neues Forum zulassen!" wurde zu einer zentralen Parole der Protestbewegung.

In der vorliegenden "Information" der Staatssicherheit wird geschildert, wie die Personen, die zuvor einen Antrag auf Legalisierung des Neuen Forums gestellt hatten, auf die Ablehnung ihres Vorhabens reagierten. Wenig beeindruckt von der Ermahnung, alle weiteren Aktivitäten des Neuen Forums einzustellen, diskutierten die Beteiligten, wie die Bekanntheit der Initiative zu steigern und weitere Mitglieder zu gewinnen seien.

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5624, BL. 312-314

---

### Metadaten

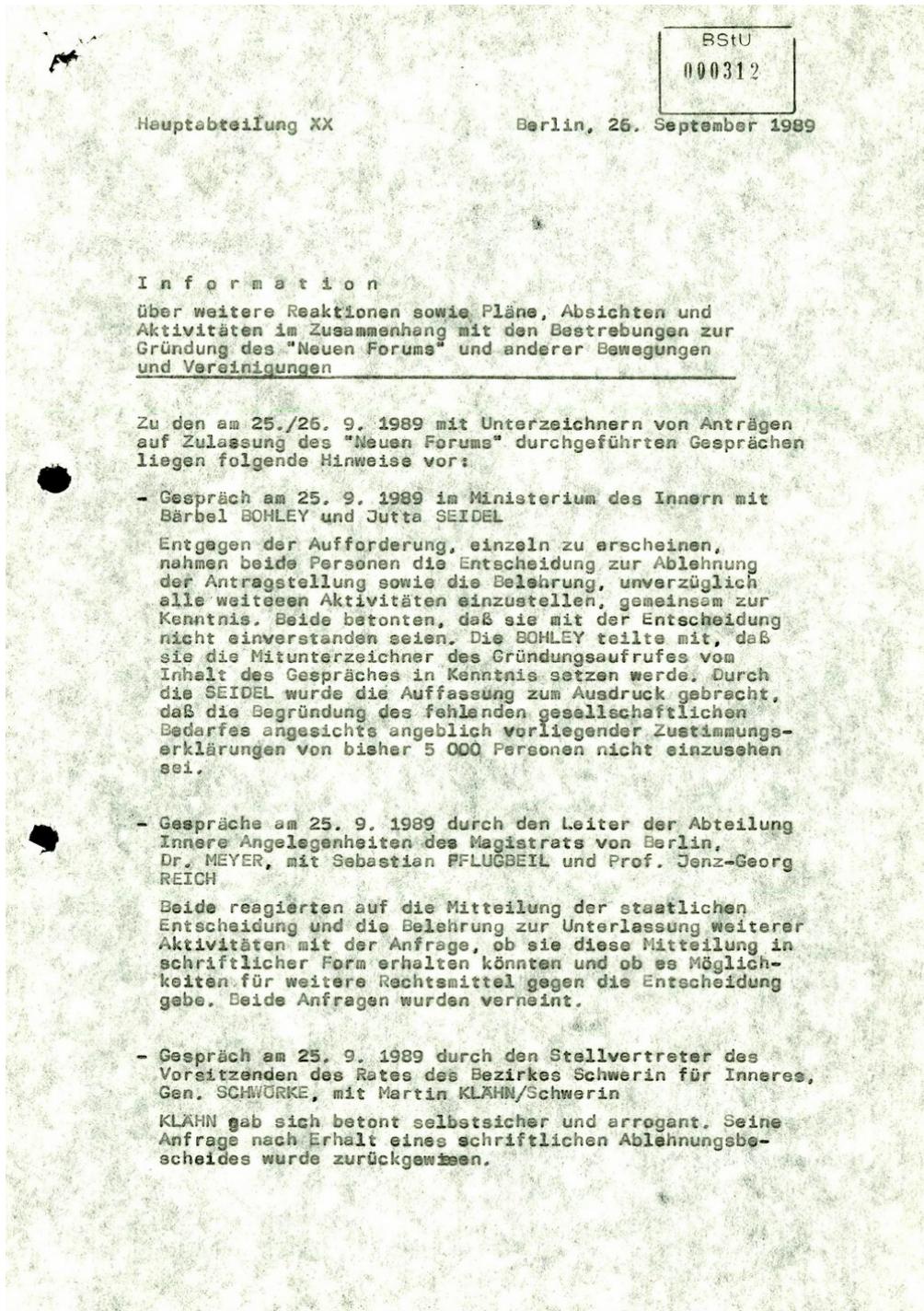
Diensteinheit: Hauptabteilung XX

Datum: 26.9.1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

## "Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums



Signatur: BArch, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5624, Bl. 312-314

Blatt 312

## "Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums

BStU  
000313

2

Auf Anfrage nach dem Aufenthalt der Mitunterzeichnerin LOHEIT erklärte KLÄHN, daß sich diese gegenwärtig in Berlin aufhalte. Die Zurückweisung des Antrags und die Belehrung nahm KLÄHN kommentarlos zur Kenntnis.

- Gespräch am 26. 9. 1989 durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig für Inneres mit Michael ARNOLD und Edgar DUSDAL/beide Leipzig

Auf Anfrage des ARNOLD, wie die Begründung fehlender gesellschaftlichen Bedarfs zu verstehen sei, wurden entsprechende Erläuterungen gegeben. Die Zurückweisung des Antrages und die Belehrung nahmen beide Personen ohne weitere Kommentierung zur Kenntnis. Die ebenfalls zum Gespräch geladene Gesine OLTMANNS war nicht erschienen.

Mit den Angehörigen der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. REICH und PFLUGBEIL, wurden des weiteren disziplinierende Gespräche durch verantwortliche Leiter geführt. Prof. REICH wurde in einem Gespräch vom 25. 9. 1989 deutlich zu verstehen gegeben, daß seine Aktivitäten, insbesondere seine Interviews für westliche Medien, im Widerspruch stehn zu den Verpflichtungen für Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften und entgegen seiner eigenen Versprechungen in vorangegangenen Aussprachen, sich künftig entsprechend den Gesetzen zu verhalten.

REICH äußerte daraufhin, daß er seine Handlungen zur Bildung des "Neuen Forums" als berechtigt empfinde. Nach seiner Auffassung habe nach der Verfassung der DDR nicht der Minister des Innern, sondern nur die Oberste Volksvertretung das Recht zu einer solchen Entscheidung. Er betonte, daß er beabsichtige, gegen die staatliche Entscheidung Rechtsmittel einzulegen. Er wolle weiter für einen "Dialog" mit den Partei- und Staatsführung eintreten über Fragen und Probleme, die "durch Fernsehen und Rundfunk der DDR nur verdreht dargestellt werden".

PFLUGBEIL zeigt sich im Ergebnis mehrfacher disziplinierender Aussprachen mit verantwortlichen Leitern des Zentralinstituts für Herz- und Kreislaufforschung der AdW verunsichert, insbesondere wegen der deutlichen Zurückweisung seiner Aktivitäten, die als Verstöße gegen die im Statut enthaltenen Pflichten für Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften gekennzeichnet wurden sowie wegen der in diesem Zusammenhang vorgelegten Nachweise über weiters Verstöße gegen die Arbeitsordnung der AdW. Hervorgehoben wurde, daß das Verhalten des PFLUGBEIL geeignet sei, seine fristlose Entlassung zu prüfen. PFLUGBEIL wurde der Auftrag erteilt, eine schriftliche Stellungnahme zu seinem Auftreten und Verhalten als Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften zu erarbeiten.

## "Information" zu Gründung und Vorhaben des Neuen Forums

BStU  
000314

3

Die BOHLEY informierte unmittelbar im Anschluß an das mit ihr und der SEIDEL im Ministerium des Innern geführte Gespräch den HIRSCH/WB über dessen Inhalt und Verlauf. HIRSCH sagte eine umgehende Weiterleitung der Information zu. Des weiteren nahm sie Kontakt zum ZDF-Büro auf und beantwortete Anfragen von DPA und "Radio 100". (In den Fernsehsendungen "heute"/ZDF und "Tagesschau"/BRD vom 25. 9. 1989 sowie weiteren Rundfunksendungen wurde bereits über den Inhalt des Gespräches im MdI informiert.)

Am Abend des 25. 9. 1989 trafen in der Wohnung der BOHLEY u. a. REICH, PFLUGBEIL, SEIDEL und HENRICH zusammen. Es wurde darüber diskutiert, die Aktivitäten zur Popularisierung des "Neuen Forums" sowie zur Gewinnung weiterer Mitglieder fortzusetzen und zu versuchen, eine Nachprüfung der staatlichen Ablehnungsentscheidung zu erwirken.

Inoffiziell wurde erarbeitet, daß die BOHLEY ihr weiteres Vorgehen u. a. mit EPPELMANN abstimmen will.

Zur HAVEMANN wurde bekannt, daß sie sich mit HENRICH abgestimmt habe, der Vorladung zu einem Gespräch am 26.9.1989 im Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder nicht Folge zu leisten und auf eine schriftliche Ablehnungsentscheidung zu warten.

Für den 26. 9. 1989 ist beabsichtigt, ein Zusammentreffen von Unterzeichnern des Gründungsaufrufes des "Neuen Forums", vermutlich in der Wohnung der BOHLEY, durchzuführen, auf dem über das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Des weiteren liegen Hinweise über ein beabsichtigtes Treffen des EPPELMANN am 26. 9. 1989 mit dem Presseattaché der französischen Botschaft in der DDR, ROUSSEAU, und dem Z. Sekretär der USA-Botschaft in der DDR, TROUTMAN, in der Wohnung des EPPELMANN vor.

Am 25. 9. 1989 traf beim Rat der Stadt Cottbus ein Einschreibbrief mit Rückschein zur Anmeldung des "Neuen Forums" ein, unterzeichnet durch

[REDACTED]

Am 25. 9. 1989 ging beim Rat des Bezirkes Schwerin ein von drei operativ bekannten Personen (Unterzeichner provokativer Schreiben) "im Auftrag des Pfarr- und Mitarbeiterkonvents Beeskow" unterzeichnetes Schreiben ein, in dem die Zustimmung zum Anliegen des "Neuen Forums" sowie die Befürwortung einer rechtlichen Zulassung zum Ausdruck gebracht wird. Das Schreiben trägt die Überschrift "An den Staatsrat der DDR, an alle Räte der Bezirke und an den Rat des Kreises Beeskow".